



Bundesregierung / Klaus Lehmann

2 + 4 = 1

DER WEG ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

EINE AUSSTELLUNG
DER BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG
DER SED-DIKTATUR UND DES
AUSWÄRTIGEN AMTS

TEXT- UND BILDAUSZÜGE

2. Oktober 1990: Der letzte Tag der DDR



Am 1. Oktober wird am DDR-Ministerratsgebäude, dem Berliner Stadthaus, das DDR-Emblem entfernt.

Foto (koloriert): picture alliance / dpa-Zentralbild / Robert Grahn

02

Dienstag, 2. Oktober 1990. Es ist Tag 14970 der DDR. Ein Staat wird abgewickelt. Zum letzten Mal kommen die Volkskammerabgeordneten zusammen, um das DDR-Parlament im Rahmen einer Festveranstaltung aufzulösen. In Bonn und Ost-Berlin beenden die Ständigen Vertreter der DDR und der Bundesrepublik ihre Tätigkeit. Der Ost-Berliner Minister für Abrüstung und Verteidigung Rainer Eppelmann entlässt mit dem letzten Tagesbefehl alle NVA-Angehörigen mit Ablauf des Tages aus ihren Verpflichtungen.

Um 21:00 Uhr beginnt im Ost-Berliner Schauspielhaus der offizielle Festakt. Derweil versammeln sich vor dem Reichstag und um das

Brandenburger Tor Hunderttausende in ausgelassener Stimmung. In Leipzig kommt Sarah K. zur Welt. Sie ist das letzte in der DDR geborene Baby. Zwei Minuten später wird die DDR Vergangenheit sein. In einer Fernsehansprache hatte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière am Abend gemahnt: „Die deutsche Einheit ist mit dem Beitritt nicht abgeschlossen. Sie ist und bleibt eine Gemeinschaftsaufgabe aller Deutschen. Sie ist nicht nur eine materielle Frage, sondern eine Frage des praktizierten Gemeinsinns. Die Einheit will nicht nur bezahlt, sondern auch mit den Herzen gewollt sein.“

2. Oktober 1989: Unruhe hinter dem Eisernen Vorhang



Die Berliner Mauer im Jahr 1981. Im Vordergrund ist die St.-Thomas-Kirche in Kreuzberg zu sehen.

Foto: BStA, Harald Schmitt, Schmitt Bild 3-7

03

Montag, 2. Oktober 1989. Die Vorbereitungen zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober laufen auf Hochtouren. Doch im Land gärt es seit Monaten. Die Zahl der Ausreiseanträge ist massiv gestiegen. Zehntausende DDR-Bürger nutzen den Sommerurlaub zur Flucht in den Westen. Am 11. September öffnet Ungarn seine Grenze zu Österreich für DDR-Bürger. Tausende suchen in bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau Zuflucht.

Am 1. Oktober erreichen die ersten Flüchtlinge aus Prag mit Sonderzügen die Bundesrepublik. Ost-Berlin hat die Ausreise genehmigt, damit die Bilder der überfüllten Botschaft die Staatsfeierlichkeiten nicht überschatten. In „Neues Deutschland“ heißt es zynisch: „Man

sollte ihnen ... keine Träne nachweinen.“ Kurz zuvor hatte die Parteiführung dort verlauten lassen: „In den Kämpfen unserer Zeit stehen DDR und VR China Seite an Seite.“ Viele verstehen das als Drohung. Anfang Juni hatte die chinesische Führung den Massenprotest auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking gewaltsam beendet. Doch immer weniger Ostdeutsche lassen sich noch einschüchtern. Am Abend gehen in Leipzig 20 000 Menschen auf die Straße. Erstmals ist der Ruf „Wir sind das Volk!“ zu hören.

Zweigeteilt: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

Ab 1973 tagt die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, auf der West und Ost die Unverletzlichkeit der Grenzen und Nichteinmischung vereinbaren, zugleich jedoch die Wahrung von Menschenrechten und Grundfreiheiten zusichern. Darauf beruft sich fortan die Opposition hinter dem Eisernen Vorhang. Das Foto zeigt Bundeskanzler Helmut Schmidt (l. R. r.) im Gespräch mit DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker am 30. Juli 1975 in Helsinki.

Foto: Bundesregierung/Engelbert Reineke

04



In der Folge des Zweiten Weltkriegs werden Deutschland und Europa geteilt. Seit 1949 gibt es zwei deutsche Staaten: Die demokratisch verfasste Bundesrepublik ist bald Teil der NATO und der Europäischen Gemeinschaft. Trotz wirtschaftlicher Krisenerscheinungen seit den 1970er-Jahren herrschen in Westdeutschland großer Wohlstand und ein liberaler Geist. Die DDR, die dem Warschauer Pakt und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe angehört, ist eine Diktatur, in der die kommunistische SED alle Bereiche des Lebens bestimmt. Der Alltag ist von Versorgungsmängeln geprägt.

Beide Staaten stehen sich als Teil des jeweiligen Bündnissystems militärisch hochgerüstet gegenüber. Während die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die USA, Frankreich und Großbritannien, für die Bundesrepublik schon früh von der Besatzungs- zur Schutzmacht werden und zunehmend auf Augenhöhe partnerschaftlich zusammenarbeiten, bestimmt die Sowjetunion fast bis zuletzt in hohem Maße die DDR-Politik. Doch egal wie souverän die beiden deutschen Staaten auf dem Papier und in Wirklichkeit sind: In Bezug auf Deutschlands Einheit haben die vier Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkriegs ihre Rechte nie aufgegeben.

Friedliche Revolution gegen die SED-Diktatur

Das Brandenburger Tor in Berlin am Freitag, dem 10. November 1989.

Foto: Bundesregierung/Klaus Lehnartz

05



Am 7. Oktober 1989 feiert die SED 40 Jahre DDR. Zwei Tage später verläuft die größte Leipziger Montagsdemonstration entgegen allen Befürchtungen friedlich. Sie ist Höhepunkt einer Revolution, die bis dahin nur wenige als solche erkennen. Am 18. Oktober löst Egon Krenz Erich Honecker ab. Er will die SED-Herrschaft mit einer „Wende“ retten. Doch die Massenproteste nehmen weiter zu. Am 9. November führt die unbedachte Äußerung eines SED-Funktionärs zum Mauerfall.

Das Ende der SED-Diktatur ist das Ergebnis massiver ökonomischer Probleme und der Reformunfähigkeit der SED. Ausreisewelle und wachsende Opposition setzen die Partei unter Druck. Den Rahmen

bilden die Entspannungspolitik sowie der KSZE-Prozess, die seit den 1970er-Jahren die Opposition im Ostblock befördern, aber auch Gorbatschows Reformen in der Sowjetunion. Sie ermöglichen Polen und Ungarn 1989 die schrittweise Demokratisierung. Ab Sommer gehen DDR-Oppositionelle und Ausreisewillige gemeinsam auf die Straße. Aus dem Gefühl der Stärke und aus Sorge vor dem Verlust der Kreditwürdigkeit im Westen schreckt die SED-Führung vor Gewalt zurück. Die friedlichen Proteste entwickeln eine Eigendynamik, die zum Sturz des Systems führt.

Die deutsche Einheit rückt auf die Tagesordnung



„Ein Licht für unser Land“ lautet die Losung einer Menschenkette, deren Teilnehmer am 3. Dezember 1989 eine Erneuerung der DDR einfordern. Das Foto zeigt einen Fahrradfahrer, der die sofortige Vereinigung Deutschlands fordert.

Foto: picture alliance/Zentralbild/Rainer Oettel

06

Mit der Maueröffnung und dem Zerfall der kommunistischen Diktatur rückt plötzlich die Frage der deutschen Einheit auf die politische Agenda. In seiner ersten Regierungserklärung schlägt DDR-Ministerpräsident Hans Modrow eine „Vertragsgemeinschaft“ zwischen den beiden Staaten vor. Von einer Wiedervereinigung ist noch nicht die Rede. Anders bei Bundeskanzler Helmut Kohl. Dieser stellt am 28. November ein 10-Punkte-Programm im Deutschen Bundestag vor, mit dem die „Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands“ erreicht werden soll – im Prozess der europäischen Integration und in einer unbestimmten Zukunft. Bereits wenige Wochen

später sind diese langfristigen Vorstellungen überholt. Als Kohl am 19. Dezember bei einem DDR-Besuch in Dresden spricht, skandieren die Menschen: „Wir sind ein Volk!“ Die Mehrheit der Ostdeutschen hat die DDR satt. Für Kohl wird die Wiedervereinigung vom Fern- zum Nahziel, das er mit staatsmännischem Geschick gegen anfängliche Widerstände im Ausland verfolgt. Jene, die in Ost- und Westdeutschland der deutschen Einheit kritisch gegenüberstehen, erfahren in der Presse zwar große Aufmerksamkeit, finden aber nur wenig Widerhall in der Bevölkerung.

Internationale Reaktionen



„Der Onkel spricht Klartext. ‚Zuerst kommt die Wirtschaft des Westens und dann die des Ostens!‘, ‚Ja, ja zuerst nach Paris!‘“ Am 22. November 1989 wirft der französische Karikaturist Ferdinand Guiraud einen ironischen Blick auf die Angst des französischen Staatspräsidenten François Mitterrand (links) vor dem wirtschaftlichen Gewicht eines wiedervereinten Deutschlands. Um die Sorgen in Paris zu unterstreichen, trägt Bundeskanzler Helmut Kohl (rechts) die für die preußisch-deutsche Armee typische Militäruniform mit Pickelhaube.

Abbildung: Ferdinand Guiraud, Le Canard Enchaîné, Nr. 3604, S. 1

07

In London, Paris und Moskau reagiert man auf das Thema Wiedervereinigung skeptisch bis ablehnend. Am 4. Dezember empfängt Gorbatschow Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der das Treffen als seine „unerfreulichste Begegnung mit dem Generalsekretär“ erinnert: Der 10-Punkte-Plan sei eine „ungenierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ der souveränen DDR, so Gorbatschow. Dessen Außenminister Schewardnadse spitzt weiter zu: „Noch nicht einmal Hitler hat sich etwas Derartiges erlaubt.“ Viele ausländische Beobachter fürchten um das europäische Gleichgewicht. Kommentatoren beschwören ein „Viertes Reich“ herauf, das in der Mitte Europas zu entstehen und den Kontinent mit

seiner Wirtschaftsmacht zu beherrschen drohe. Nur aus Washington kommt Rückendeckung von US-Präsident George Bush. Die Reaktionen aus Polen sind erstaunlich positiv. Man ziehe das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen nicht in Zweifel, verlange jedoch ein Mitspracherecht bei allen weiteren Entwicklungen in Deutschland, heißt es dort. Zugleich verlangt Warschau eine völkerrechtliche Anerkennung seiner Westgrenze, die Bundeskanzler Kohl, anders als Genscher, auf die Zeit nach der Wiedervereinigung vertagen will.

Einheit und europäische Integration

Die Staatschefs und Außenminister der EG-Staaten stellen sich am 8. Dezember 1989 beim Gipfel in Straßburg zum Gruppenfoto auf. Erste Reihe von links: Margaret Thatcher (Großbritannien), Charles Haughey (Irland), François Mitterrand (Frankreich), Felipe González (Spanien), Xenophon Zolotas (Griechenland) und Helmut Kohl. Im Hintergrund die Außenminister.

Foto: picture alliance/dpa/Rolf Haid

08



Am 8. und 9. Dezember 1989 treffen in Straßburg Bundeskanzler Kohl und Bundesaußenminister Genscher mit elf westeuropäischen Staats- und Regierungschefs zusammen. Eine derart eisige Atmosphäre habe er bei einem europäischen Gipfeltreffen zuvor noch nie erlebt, schreibt Altkanzler Kohl in seinen Erinnerungen. Nur Spanien und Irland sind klare Fürsprecher der deutschen Einheit. Kohl und Genscher versichern ihren Partnern, ein vereintes Deutschland gehe keine Sonderwege und bleibe engagiertes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft. Am Ende des Gipfeltreffens bekräftigen die Teilnehmer – wie so oft zuvor – das Recht der Deutschen auf Selbst-

bestimmung. Doch es bleiben viele Vorbehalte. Um Deutschland noch stärker in Europa einzubinden, forciert Frankreichs Präsident François Mitterrand nun die laufenden Verhandlungen zu einer europäischen Währungsunion. Die Bundesregierung gibt dem Drängen nach: 1990 nimmt eine Regierungskonferenz die Beratungen zu einem neuen Staatenvertrag auf, und 1993 tritt der Vertrag von Maastricht in Kraft. Mit ihm wird die Europäische Gemeinschaft zur „Europäischen Union“. Zugleich sieht der Vertrag die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung vor.

Die Selbstdemokratisierung der DDR

Sitzung des Zentralen Runden Tisches im Schloss Niederschönhausen mit Mitgliedern der Regierung Modrow, Vertretern der Kirchen sowie der alten und neuen Parteien und Organisationen.

Foto: Bundesregierung/Klaus Lehnartz

09



Die Maueröffnung beschleunigt den Machtzerfall der SED. Von 2,3 Millionen Mitgliedern bleiben zunächst 285000. Die bis dahin SED-treuen Blockparteien, allen voran CDU und LDPD, üben sich in Unabhängigkeit. Am 1. Dezember wird der SED-Führungsanspruch aus der Verfassung gestrichen. Im selben Monat benennt sich die SED in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ um. Die Wirtschafts- und Versorgungslage spitzt sich zu. Noch stehen 380000 sowjetische Soldaten im Land, sitzen SED-Mitglieder an den Schaltstellen des Staatsapparates und der „bewaffneten Organe“. Seit dem 7. Dezember tagen in Ost-Berlin und bald in der ganzen DDR „Runde Tische“, an denen die alten und neuen politi-

schen Kräfte vertreten sind. Die Opposition versucht von hier aus, die Übergangsregierung Hans Modrows sowie die Bezirks- und Stadtregierungen zu kontrollieren. Zentrale Anliegen sind freie Wahlen, eine demokratische Verfassung und die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit. Seit dem 4. Dezember besetzen Bürgerrechtler Dienststellen des MfS, um die Aktenvernichtung zu stoppen. Am 15. Januar folgt schließlich die Besetzung des MfS-Hauptquartiers in Ost-Berlin, die Macht der Stasi ist gebrochen.

DDR-Volkskammerwahlen: Plebiszit für die Einheit

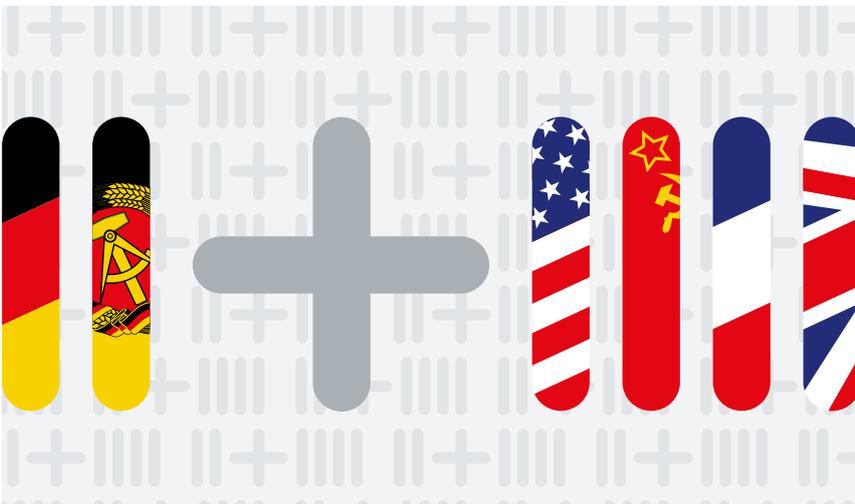


Dresden, Mitte Februar 1990. Erstmals gibt es in der DDR einen echten Wahlkampf. Zu diesem Zeitpunkt rechnen die meisten politischen Beobachter mit einem Sieg der Sozialdemokraten.
Foto: picture alliance / Zentralbild / Ulrich Häßler

Als am Sonntag, dem 18. März, die Hochrechnungen eingehen, ist die Sensation perfekt: Bei der einzigen freien Volkskammerwahl in der DDR votieren 48 Prozent der Wähler für die „Allianz für Deutschland“. Dazu trägt die Ost-CDU rund 41 Prozent bei, die Deutsche Soziale Union (DSU) gut sechs und die Bürgerrechtspartei Demokratischer Aufbruch (DA) ein Prozent. Die Parteien und Bündnisse der Bürgerbewegung vereinen lediglich rund 27 Prozent der Stimmen auf sich. Davon erhält die SPD 22. Sie war zuvor als Sieger gehandelt worden. Die Liberalen erhalten fünf, die SED-Nachfolgepartei PDS, die sich gegen die Wiedervereinigung ausspricht, 16 Prozent der Stimmen.

Entscheidend war die Haltung der Parteien zur Wiedervereinigung. Zwar hatten sich auch die SPD und die Wahlbündnisse der Bürgerbewegung dafür ausgesprochen. Doch die „Allianz für Deutschland“ überzeugte mit ihrem Versprechen, dieses Ziel schnell und direkt zu erreichen. Zugleich konnte sie auf die Unterstützung der Regierung Kohl verweisen, von der sich viele Ostdeutsche materielle Hilfe versprochen. Am 12. April 1990 konstituiert sich unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) eine Große Koalition aus Allianz, SPD und Liberalen.

Die Stunde der Diplomatie: Die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen



Grafik: atelier hauer + dörfler, Berlin

Auf internationalem Parkett wird heftig um die Bedingungen für die Wiedervereinigung gerungen. Als Gorbatschow der Einheit am 10. Februar 1990 im Grundsatz zustimmt, gelingt drei Tage später am Rande einer Außenministerkonferenz der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten in Ottawa die Einigung darüber, wer die Verhandlungen in dieser Frage führt: Die zwei deutschen Staaten mit den vier Hauptsiegermächten des Zweiten Weltkriegs. Forderungen anderer Staaten, mit am Verhandlungstisch zu sitzen, werden zurückgewiesen.

Von Mai bis September werden in vier „Zwei-plus-Vier-Gesprächen“ das Verfahren und die Konsequenzen einer Wiedervereinigung ver-

handelt: Wird sich die NATO-Zugehörigkeit der Bundesrepublik auch auf Ostdeutschland erstrecken? Wie wäre dies mit der Anwesenheit sowjetischer Truppen vereinbar? Unter welchen Bedingungen würden diese abgezogen? Für die Westmächte ist der Verbleib Deutschlands in der NATO Bedingung, für Moskau deren Osterweiterung bis an die polnische Grenze zunächst inakzeptabel. Bundesaußenminister Genscher führt die Verhandlungen für Bonn. DDR-Außenminister ist der Pastor und Bürgerrechtler Markus Meckel, der im Herbst 1989 die ostdeutsche Sozialdemokratie wiedergegründet hatte.

Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion

Sonntag, 1. Juli 1990. Der Tag der Währungsunion. Die DDR-Mark ist seit 0:00 Uhr kein Zahlungsmittel mehr. In der ganzen DDR haben – wie hier in Ost-Berlin – die Banken und Sparkassen geöffnet.

Foto: picture alliance / Zentralbild

12



Die Regierung de Maizière steht vor riesigen Herausforderungen. Ihr Wählerauftrag: die Wiedervereinigung schnell, aber verantwortungsvoll zu vollziehen. Zugleich müssen politische Reformen im Land vorangebracht und die Versorgungslage stabilisiert werden. Der Zusammenschluss zweier Staaten mit so unterschiedlicher Verfassung bedarf aufwendiger Vorbereitung. Doch für Ost-Berlin und Bonn wird die Zeit knapp: Jeden Tag packen zweitausend Ostdeutsche die Koffer und ziehen in den Westen. Dort sind die Aufnahmekapazitäten erschöpft. Demgegenüber sind die Lücken in der DDR kaum mehr zu schließen, die 550 000 Übersiedler seit Sommer 1989

gerissen haben. Die Ostdeutschen werden immer ungeduldiger. Bei Demonstrationen ist der Ruf zu hören: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, geh'n wir zu ihr!“

Am 1. Juli tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft, die im Grundsatz bereits am 18. Mai beschlossen worden war. Über Nacht hält mit der D-Mark auch die Marktwirtschaft zwischen Elbe und Oder offiziell Einzug. Der DDR-Staatsbesitz soll von der Treuhandanstalt privatisiert werden, deren Errichtung auf einen Beschluss der Regierung Modrow zurückgeht.

Gesamtdeutsche Solidarität

Der Grenzübergang Helmstedt/Marienborn in den Tagen nach dem Mauerfall im November 1989.

Foto: Bundesregierung/Heiko Specht

13



Im Januar 1990 sprechen sich in Meinungsumfragen 70 Prozent der Westdeutschen für die Wiedervereinigung aus, im Osten Deutschlands sind es im Frühjahr 85 Prozent. Aus Ost wie West machen sich die Menschen auf, den anderen Teil Deutschlands zu erkunden. Neugier und Freude über das Wiedersehen sind groß. Die Solidarität beschränkt sich nicht auf das Begrüßungsgeld von 100 DM, das den Ostdeutschen nach dem Mauerfall die Entdeckung des Westens erleichtert. Bundesländer und Kommunen, Parteien, Verbände und Vereine, viele Privatpersonen vereinbaren Partnerschaften. Die Kirchen üben gesamtdeutsche Solidarität. Sie alle unterstützen die demokratische Umgestaltung und den wirtschaftlichen Neuanfang

mit Geld, Personal und Sachkunde. Bisher gibt es weder den Begriff des „Besser-Wessis“ noch den des „Jammer-Ossis“. Trotz mancher Warnung und Skepsis erwarten viele alsbald die von Bundeskanzler Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“. Viele Ostdeutsche erfüllen sich lang gehegte Träume: Der Gebrauchtwagenmarkt in Westdeutschland ist leer gefegt. Selbst Gurken, Senf, Milch oder Mehl aus Westdeutschland scheinen zunächst besser zu schmecken als einheimische Produkte, die zu Ladenhütern werden.

Die neue Freiheit: Visafrei bis Hawaii



Samstagnachmittag, 11. November 1989.
Tag zwei nach der Grenzöffnung. Rückreise-
verkehr in die DDR am Grenzübergang
Wartha/Herleshausen.

Foto: picture alliance/Zentralbild/Erich Mehrl

14

„Visafrei bis Hawaii“ ist im Herbst 1989 auf Transparenten zu lesen. Spätestens im Sommer 1990 steht für viele DDR-Bürger der erste West-Urlaub an. Nur wenige schaffen es dabei bis Hawaii, vielmehr stehen die Lüneburger Heide oder die bayerischen Alpen auf dem Programm. Andere nutzen die D-Mark, um mit dem Reisebus nach Paris, London oder Rom zu fahren. Nicht mehr die Obrigkeit, sondern die eigene Unternehmungslust sowie das Bankkonto entscheiden nun, wie weit die Welt offensteht. Eine zehntägige Bustour an die spanische Sonnenküste ist für 400 DM zu haben. Am 3. April landet der erste Interflug-Ferienflieger auf Mallorca. An Bord sind

90 DDR-Bürger, die vom Tourismusminister der Balearen empfangen werden. „Reisefreiheit“ wird von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum „Wort des Jahres“ 1989 gewählt. Während im Sommer die Feriendomizile an der DDR-Ostseeküste leer stehen, buhlen mehr als 1000 bis dahin neu gegründete Reisebüros um Kunden. Mit dem Feriendienst der DDR-Gewerkschaft wollen die Ostdeutschen nichts mehr zu tun haben. Dieser war bis zum Mauerfall fast alleiniger Tourismusanbieter in der DDR. Sein Versuch, sich in die Marktwirtschaft zu retten, endet rasch im Konkurs.

Neuanfang: Deutschland und Polen



Bereits 1990 kommt es am Schillergymnasium Münster auf Initiative von Manfred Sellmayer zur ersten Begegnung mit dem IV. Liceum im polnischen Katowice. Daraus entwickelt sich eine deutsch-polnische Schulpartnerschaft, die seit 2010 mit dem I. Liceum in Lublin fortgesetzt wird. Bei zwei Begegnungen pro Jahr sammeln die Teilnehmer des Austauschs vielfältige Erfahrungen, die das Bild des Nachbarlands erweitern und persönliche Beziehungen ermöglichen.

Foto, 2006: Manfred Sellmayer/Schillergymnasium Münster

15

Polen war das erste Opfer des von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs. 1945 zählte das Land 5,65 Millionen Tote bei knapp 35 Millionen Einwohnern im Jahr 1938. Auf Geheiß Stalins wurden seine Grenzen nach Westen verschoben, rund 1,5 Millionen Polen umgesiedelt und die deutsche Bevölkerung vertrieben. Für die Menschen in Polen wurde die neue Grenze längs von Oder und Neiße zur Existenzfrage.

1989 fürchten deshalb viele von ihnen, Deutschland könne diese Grenze infrage stellen. Über Jahrzehnte hatten westdeutsche Vertriebenenverbände diese Furcht genährt. Dennoch sprechen sich die Polen 1989/90 für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen

aus, auch wenn Bundeskanzler Kohl formaljuristisch darauf beharrt, dass erst ein gesamtdeutsches Parlament die Unantastbarkeit der Grenze völkerrechtlich anerkennen könne. Am 21. Juni 1990 verkünden der Deutsche Bundestag und die Volkskammer: „Die Grenze Polens zu Deutschland, so wie sie heute verläuft, ist endgültig.“ Auch die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen schreiben die deutsche Grenze als endgültig fest. Im November 1990 regeln das vereinte Deutschland und Polen die Unantastbarkeit ihrer Grenze auch völkerrechtlich.

Zwei-plus-Vier-Vertrag

Noch vor Abschluss der Zwei-plus-Vier-Gespräche erfolgt am 22. Juni 1990 der Abbau des Kontrollgebäudes am ehemaligen Alliierten- und Diplomaten-Grenzübergang Checkpoint Charlie. An der Zeremonie nehmen die Außenminister sowie Stadtkommandanten der vier Siegermächte, die beiden deutschen Außenminister und die Bürgermeister Berlins teil.

Foto: Bundesregierung / Klaus Lehnartz



16

Die Bündniszugehörigkeit Deutschlands ist die zentrale Streitfrage. Seit Juni zeichnet sich hier ein Einlenken der UdSSR ab. Am 14. Juli fliegt Kohl nach Moskau und von dort gemeinsam mit Gorbatschow in dessen Heimat, den Kaukasus. Bereits vor dem Weiterflug signalisiert der Generalsekretär seine Zustimmung zur gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft. Öffentlich wird dies am 16. Juli auf einer gemeinsamen Pressekonferenz in Schelesnowodsk. Gorbatschow sichert dort auch den Abzug der sowjetischen Truppen bis 1994 zu. Deutschland verspricht die Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen, Truppenreduzierung, dauerhaften ABC-Waffen-Verzicht sowie

umfassende finanzielle Hilfen. Mit der Unterzeichnung des „Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ (Zwei-plus-Vier-Vertrag) durch die sechs Außenminister am 12. September 1990 in Moskau endet für Deutschland die Nachkriegszeit. Mit ihm beenden die Siegermächte „ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.“

Ein Staat besiegelt sein Ende

Am 23. August 1990 stimmen 294 Volkskammer-abgeordnete für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mit Wirksamkeit am 3. Oktober 1990. 62 Volksvertreter sprechen sich dagegen aus.

Foto: picture alliance / Michael Jung



17

Über den Weg zur deutschen Einheit wird seit Frühjahr 1990 heftig gestritten. Eine Minderheit nimmt die Mütter und Väter des Grundgesetzes beim Wort, die im Artikel 146 vorsehen, dass das Grundgesetz „seine Gültigkeit an dem Tage [verliert], an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Am 23. August stimmt die Volkskammer mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 nach Grundgesetzartikel 23. Es ist die Entscheidung für eine Verfassung, die sich in vier Jahrzehnten bewährt hat und die die Westdeutschen nicht zur Disposition stellen. Am 31. August folgt der in nur acht Wochen ausgehandelte Einigungs-

vertrag. Er regelt Änderungen im Grundgesetz, Fragen der Rechtsangleichung und der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland, Fragen der Finanzen sowie der Bereiche Arbeit, Soziales, Frauen und Kultur. Strittige Punkte, wie die Festlegung der künftigen Bundeshauptstadt, werden vertagt oder in Zusatzprotokollen geregelt; darunter auch der Zugang zu den Stasi-Unterlagen, den die Volkskammer sowie DDR-Bürgerrechtler durch Hungerstreik im September noch erstreiten.

Gemeinsame Herausforderungen



„Fest der Einheit“ in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 vor dem Berliner Reichstag.
Foto: picture alliance / akg-images / Pansegrau

18

3. Oktober 1990, 0:00 Uhr: Zur Nationalhymne wird über dem Berliner Reichstag die Fahne des vereinigten Deutschlands gehisst. Mehr als eine Million Menschen feiern gemeinsam die deutsche Einheit, die mit einem riesigen Feuerwerk begrüßt wird. Doch auf die Euphorie folgt Ernüchterung. Trotz westdeutschem Sozialsystem, „Aufbau Ost“ und alljährlicher Milliardenhilfe setzt sich der seit 1989 beschleunigte Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft fort. Massenarbeitslosigkeit und soziale Verunsicherung prägen die 1990er-Jahre in den neuen Bundesländern. Vor noch größeren Herausforderungen stehen die Ostmitteleuropäer. Ihr Neuanfang

erfolgt aus eigener Kraft. Sie eint das Ziel, der NATO und der Europäischen Union beizutreten, um die wiedererlangte Souveränität zu sichern. Die damit verbundenen Beitrittskriterien werden zum Reformmotor. In Warschau, Breslau, Prag, Budapest und andernorts weicht das graue Einerlei des Staatssozialismus bald dem pulsierenden Flair von Städten im Aufbruch, in denen vor allem junge Leute die neuen Freiheiten genießen. Währenddessen tobt nach dem Zerfall Jugoslawiens auf dem Balkan von 1991 bis 1995 ein blutiger Bürgerkrieg, dem Europa zunächst wenig entgegengesetzt.

Deutschland in Europa



Die europäische und die deutsche Flagge vor dem Reichstag, dem Sitz des Deutschen Bundestages.
Foto: picture alliance / blickwinkel/M

19

Seit 2004 sind zehn ostmitteleuropäische Staaten der EU beigetreten. Die friedlichen Revolutionen des Jahres 1989 waren damit nicht nur Voraussetzung für die deutsche Einheit, sondern auch für die weitere europäische Integration. Diese wird mit dem Wegfall der Passkontrollen und der Einführung des Euro in den meisten EU-Staaten für jedermann erlebbar.

Europa und die transatlantische Partnerschaft bleiben die Fundamente deutscher Außenpolitik. Längst sind die Sorgen verstummt, das vereinte Deutschland könne sich von der EU abwenden. Im Gegenteil: Das Land ist nicht nur Motor der EU-Erweiterung und Vertiefung, es stellt sich auch den gestiegenen Erwartungen, international

mehr Verantwortung zu übernehmen. Sei es ökonomisch, etwa in Zeiten der Schuldenkrise, in der Deutschland sich in europäischer Solidarität übt. Oder militärisch: 1999 beteiligt sich die Bundeswehr erstmals an einem Kampfeinsatz, als die NATO im Kosovo interveniert, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Weitere Einsätze, u. a. in Afghanistan, folgen – nicht ohne heftige innenpolitische Debatten. Der Anspruch, gleichermaßen eine werte- und eine interessengebundene Außenpolitik zu betreiben, bleibt eine Herausforderung.

Deutsche Einheit – eine Zwischenbilanz

Auf dem Gelände des ehemaligen Palastes der Republik in Berlin steht am 4. Dezember 2008 an einer Mauer der Rathausbrücke in Großbuchstaben geschrieben „Die DDR hat's nie gegeben“, im Hintergrund der Berliner Dom. Das Bild des Fotografen Arno Burgi wird „dpa-Bild des Jahres“ 2009.

Foto: picture alliance / dpa / Arno Burgi



20

25 Jahre deutsche Einheit: Bundespräsident und Bundeskanzlerin kommen aus Ostdeutschland. Dort hat sich die Arbeitslosenzahl im Vergleich zu 2003 fast halbiert. Die Infrastruktur ist runderneuert, die Städte sind durchsaniiert, die Abwanderung nach Westen stagniert, ostdeutsche Schüler führen bei Bildungstests. Blühen im Osten nun endlich die Landschaften?

Tatsächlich steht die Angleichung der Lebensverhältnisse weiter aus. Im Westen liegt die Arbeitslosenquote bei sechs, im Osten bei zehn Prozent. Wirtschaftskraft und Einkommen erreichen dort nur 70 bzw. 80 Prozent des Westdurchschnitts. Unter Entscheidungsträ-

gern haben Ostdeutsche Seltenheitswert: Kaum ein Chefredakteur mit DDR-Biografie, nur vier von 182 DAX-Vorständen stammen 2014 aus Ostdeutschland.

Indes darf der Stand der deutschen Einheit weder schwarz noch weiß gezeichnet werden. Im Vergleich zu vielen Ruhrgebietsstädten sind Teile Thüringens oder Sachsens Boomregionen. Mit dem Wohlstand Süddeutschlands können aber auch sie nicht mithalten. Eines zeigen alle Umfragen: Für die überwältigende Mehrheit aller Bürger ist die Einheit längst eine Selbstverständlichkeit. Deren Ausgestaltung bleibt eine gesamtdeutsche Aufgabe.

IMPRESSUM

DIE HERAUSGEBER

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur trägt mit ihrer Projektförderung sowie vielfältigen eigenen Angeboten zur umfassenden Auseinandersetzung mit den Ursachen, der Geschichte und den Folgen der kommunistischen Diktaturen in Deutschland und Europa bei. www.bundesstiftung-aufarbeitung.de

Das Auswärtige Amt (abgekürzt AA) ist zuständig für die deutsche Außen- sowie Europapolitik. Es vertritt die Interessen Deutschlands in der Welt, fördert den internationalen Austausch und bietet Deutschen im Ausland Schutz und Hilfe.

www.auswaertiges-amt.de

DIE MACHER

Autor und Kurator der Ausstellung ist Dr. Ulrich Mählert, der zudem die Abbildungen zusammenstellte. 1968 geboren, Studium der politischen Wissenschaft, Anglistik und Germanistik an der Universität Mannheim, 1994 Promotion. Bis 1998 wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Arbeitsbereich DDR-Geschichte. Seit 1999 Leiter des Arbeitsbereichs Wissenschaft und internationale Zusammenarbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte der DDR (u. a. Kleine Geschichte der DDR. 7. Auflage, München 2010). Ulrich Mählert ist leitender Herausgeber des Jahrbuchs für Historische Kommunismusforschung.

Die Gestaltung übernahm Dr. Thomas Klemm, 1975 in Dresden geboren, Studium der Geschichte und Kunstpädagogik in Dresden, Leipzig und Padua. 2012 Promotion mit der Arbeit „Keinen Tag ohne Linie? Die kunst- und gestaltungstheoretische Forschung in der DDR zwischen Professionalisierung und Politisierung (1960er bis 1980er Jahre)“. Klemm ist Gründungsmitglied des Leipziger Kreises – Forum für Wissenschaft und Kunst, in dem er das Referat Bildende Kunst/Kunsttheorie leitet, sowie freier Grafiker und Ausstellungsmacher in Leipzig. www.thomasklemm.com

BÜCHER ZUM THEMA

Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München: dtv 2009.

Andreas Rödder: Geschichte der deutschen Wiedervereinigung. München: C. H. Beck 2011.

Richard Schröder: Irrtümer über die deutsche Einheit. Aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Freiburg (Br.): Herder 2014.

Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit. München: C. H. Beck 2012.

DEUTSCHE EINHEIT IM INTERNET

Chronik der Ereignisse mit kurzen Texten, Fotos und Dokumenten:

www.freiheit-und-einheit.de

Umfangreiches Dossier „Deutsche Teilung – Deutsche Einheit“:

www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit

Videointerviews mit Zeitzeugen:

www.gedaechtnis-der-nation.de

Zeitzeugen des Einigungsprozesses können hier angefragt werden:

www.zeitzeugenbuero.de

DANKSAGUNG

Für kritische Kommentare zur Konzeption und zu den Texten der Ausstellung danken die Herausgeber Prof. Dr. Christoph Kleßmann (Groß Glienicke), Prof. Dr. Gerhard A. Ritter (Berlin), Prof. Dr. Krzysztof Ruchniewicz (Breslau) und Dr. Jens Schöne (Berlin).

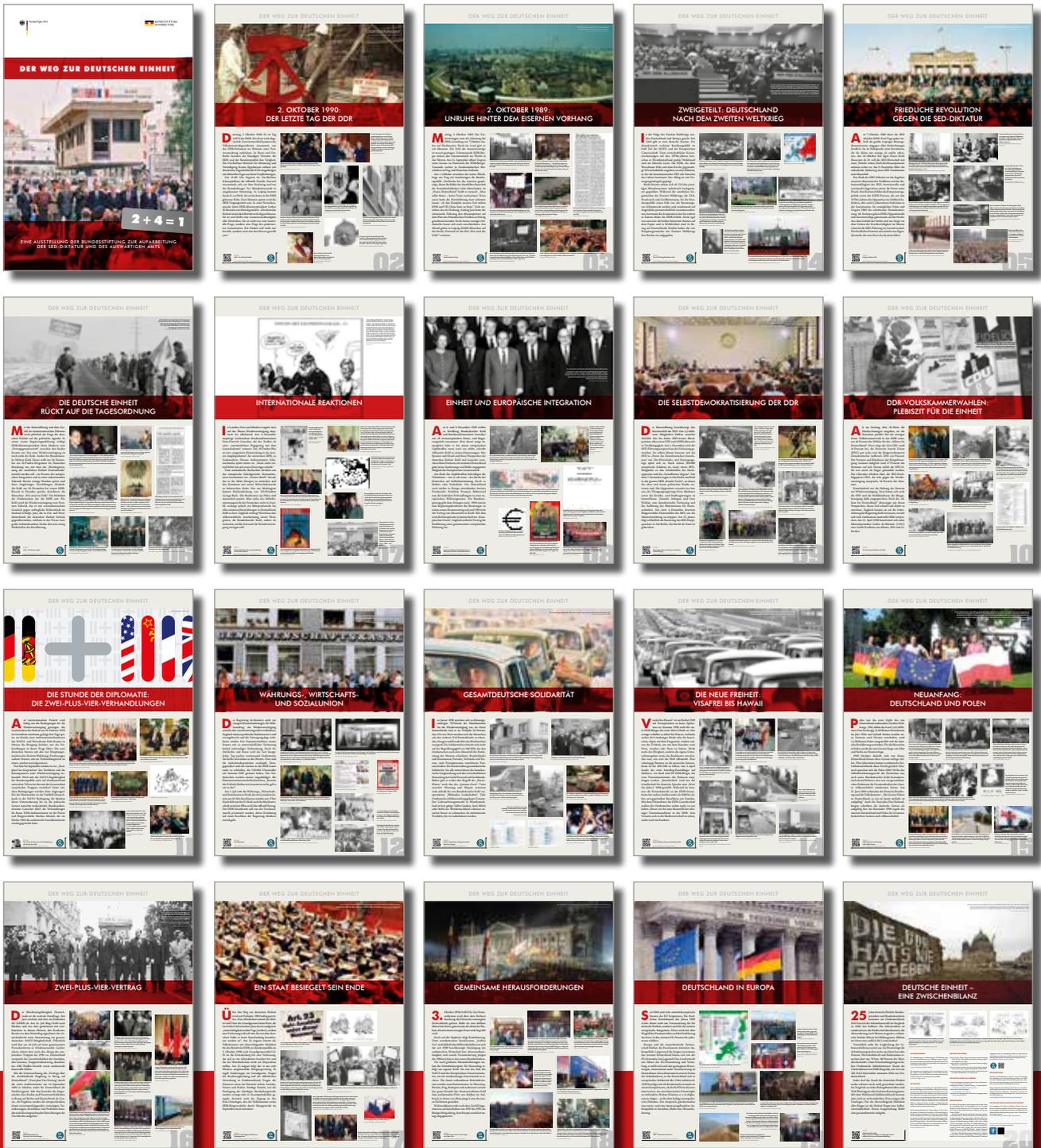
Der Dank der Herausgeber gilt darüber hinaus den Archiven und Einzelpersonen, die Fotos, Karikaturen und Faksimiles zur Verfügung gestellt haben: picture alliance (Frankfurt/M.), Bundesarchiv (Koblenz), Bundesbildstelle im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Berlin), atelier hauer+dörfler (Berlin), Daily Express (London), Der Spiegel (Hamburg), defenseimagery.mil, Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ (Leipzig), Ferdinand Guiraud, Heinz Löster (Leipzig), Wojciech Pięciak (Krakau), Robert Havemann Gesellschaft (Berlin), Manfred Sellmayer (Münster), Klaus Stuttmann (Berlin), The Australian (Sydney), Tignous.

Besonderer Dank gilt dem gemeinnützigen Verein „Gedächtnis der Nation“, der die Erinnerungen von Zeitzeugen filmisch festhält und in bislang rund 6000 Videointerviews jedermann zugänglich macht. Die Ausstellung verlinkt mit QR-Codes auf 18 Kurzfilme und Interviews, die die Themen der einzelnen Ausstellungstafeln vertiefen. Weitere Interviews finden Sie unter: www.gedaechtnis-der-nation.de/erleben

BITTE BEACHTEN

Alle Fotos, Audiodokumente und Texte sowie die Gestaltung der Ausstellung sind urheberrechtlich geschützt und dürfen nicht ohne Zustimmung der Rechteinhaber reproduziert, verändert oder anderweitig verbreitet werden. Die Rechteinhaber der Fotos werden jeweils in den Bildlegenden benannt.

Fragen oder Kritik zur Ausstellung? Oder haben wir – trotz all unserer Sorgfalt bei der Recherche und Lizenzierung der in der Ausstellung verwendeten Dokumente – Ihre Urheber- und/oder Verwertungsrechte nicht berücksichtigt? Bitte wenden Sie sich an Dr. Ulrich Mählert via ausstellungEINHEIT@bundesstiftung-aufarbeitung.de



Folgen Sie uns in den sozialen Netzwerken:



www.facebook.com/BundesstiftungAufarbeitung



www.facebook.com/AuswaertigesAmt



www.twitter.com/AuswaertigesAmt